

# Dresdener Nachrichten

Gegründet 1856

Seite mit großem Sportteil!

Verleger: W. G. Neumann, Neudammstr. 25, Dresden.

Bezugs-Gebühr vom 16. bis 31. Januar 1927 bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus. ... Anzeigen-Preise: ...

Druckerei: ...

## Die Pläne des sächsischen Finanzministers.

### Programmatische Erklärungen auf der Mittelstandskundgebung der Wirtschaftspartei.

#### Dr. Marx' erste Fühlungnahme mit den bürgerlichen Parteiführern. — Pariser Gerüchte über eine politische Revision des Rouzier-Prozesses.

### Gleiches Wahlrecht — gleiches Zahlrecht!

Wiederholung unserer Berliner Schriftleitung. Berlin, 23. Jan. Der Landesverband Berlin der Wirtschaftspartei des Deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei) veranstaltete nachmittags im Herrenhaus eine große Mittelstandskundgebung. Da der Saal schon lange vor Beginn überfüllt war, mußten zwei Parallelveranstaltungen im Festsaal des Herrenhauses und im Landtagsrestaurant abgehalten werden, und auch diese reichten noch nicht aus, um alle Teilnehmer aufzunehmen. Die Zahl der Vertretungsteilnehmer wurde auf etwa 2000 geschätzt. Zahlreiche Reichs- und Landtagsabgeordnete der Wirtschaftspartei, der sächsische Finanzminister Weber und der Vorsitzende des Bayerischen Bauernbundes waren zu der Kundgebung erschienen. Unter den verlesenen Begrüßungsreden stand sich auch ein solches des neuen sächsischen Wirtschaftsministers. Reichstagsabgeordneter Wollath sprach zunächst über die Grundrechte des deutschen Mittelstandes. Ein Staatsgebilde, führte er aus, könne auf die Dauer nur bestehen, wenn es einen auf die Einzelpersönlichkeit aufgebauten lebenskräftigen, gesunden Mittelstand habe. Der Redner betonte, daß die Wirtschaftspartei jeden gewaltsamen Umsturz ablehne, und daß sie auch für die reichliche Freiheit jedes einzelnen eintrete. Sie stehe auf dem Boden der Verfassung. Wenn im Mittelstand die Freude am neuen Staat noch nicht so groß sei, so liege das nicht am Mittelstand. Der Staat habe es eben noch nicht verstanden, diese lebendige Mitarbeit im Mittelstand zu werden. (Beif. Jnh.) Niemand habe die Ausbeutung des Mittelstandes derartige Formen angenommen wie unter den heutigen Verhältnissen. Gegenüber sozialen Vätern von 800 Millionen Mark vor dem Kriege haben wir jetzt 4 Milliarden. Keine Jugend sei heute so verkümmert, wie Wohlstand sie im letzten und den Jahren anderer Die Wirtschaftspartei sei daher härtester Gegner jeden Staatssozialismus. Sie wende sich auch gegen jede Verletzung der öffentlichen Hand in der Wirtschaft. (Beif.) Der Redner wandte sich weiter entschieden gegen die Steuerpolitik, insbesondere in der Frage der Gewerbesteuer. Mit Bezug auf den Abbau der Zwangswirtschaft für die gewerblichen Räume forderte er einen

ging dann darauf ein, wie die Wirtschaftspartei in der sächsischen Regierung ihre Forderungen durchsetzen wolle. Er betonte, daß auf die einmal vorhandenen Koalitionsverhältnisse natürlich Rücksicht genommen werden müsse. Sein erstes Prinzip als sächsischer Finanzminister werde sein, den Sparmaßnahmen im Staatshaushalt zur Geltung zu bringen. Der entsprechende Passus in der Regierungserklärung sei durch die Wirtschaftspartei bewirkt worden. Weiterhin enthalte das Programm zum ersten Male den großen Mittelstandskundgebungen, wie er im Artikel 104 der Reichsverfassung zum Ausdruck gebracht worden sei. Noch nie habe ein Regierungsprogramm dieses Bekenntnis enthalten. Das ist die Umkehrung unserer Versprechungen in die Tat, daß wir dieses Versprechen in die Regierungserklärung aufgenommen haben. Wir stellen an die Spitze aller unserer Bestrebungen die **Gesunderhaltung und Kräftigung alles gewerblichen und geistlichen Mittelstandes.**

Der Minister kündigte weitere Maßnahmen an, um das weitere Eindringen der öffentlichen Hand in die Abfallverhältnisse zu verhindern. Die öffentlichen Betriebe müßten nach privatwirtschaftlichen Gesichtspunkten umgestellt werden. Sie seien ebenso steuerpflichtig wie jedes andere Unternehmen. Der Redner wies weiter auf die Entlohnung, die zwischen Beamenschaft und gewerblichem Mittelstand seit der Inflationzeit eingetreten sei, und die darin ihren Grund habe, daß sich die Beamenschaft in volkswirtschaftliche Funktionen, Warenproduktion und Warenverteilung eingemischt habe. Die Verdrängung werde kommen, wenn sich alle zu dem Grundgesetz bekennen: Jedem das Seine. Beim endgültigen Finanzausgleich werde die Frage einer gerechten steuerlichen Belastung zu lösen sein. Schließlich werde man besonders darauf zu achten haben, daß die Reichsregierung der Leistungsfähigkeit der Länder und Gemeinden Rechnung trage. (Beif.)

Der Vorsitzende des Bayerischen Bauernbundes, Reichstagsabgeordneter Eisenberger, überbrachte die Grüße seiner Partei und sprach die Hoffnung aus, daß der Mittelstand im ganzen Reich zu einer Einigung gelange. Der Mittelstand könne sehr wohl eine Macht sein, wenn er es wolle. Wenn ein Döke wüchse, wie stark er ist, dann könnte man ihm nicht so viel aufhaden. (Heiterkeit und fröhlicher Beifall.) Zum Schluss sprach der Vorsitzende der bayerischen Bauernbundesfraktion, Müller, über den Erlass des preussischen Wohlfahrtsministers über die

### Freigabe der gewerblichen Räume.

Die Wirtschaftspartei habe sich immer gegen den rückwärtigen Abbau der Wohnungszwangswirtschaft ausgesprochen. Es sei klar, daß sich die ganze Bevölkerung der Hausbesitzer einerseits und das berechtigte Bestreben nach einer angemessenen Rentabilität andererseits dabei auf einen allzu engen Kreislauf auswirke. Nach das Herauslassen jeglicher Schutzbestimmungen und die allzu engen Uebergangsfristen seien bedenklich. Man wisse nicht, ob der ganze Erlass eine Wohltat für den Hausbesitzer sei, oder ob er nicht vielmehr die verteilte Absicht habe, daß die Wirkung des Erlasses die sein solle, daß auch nur eine Lockerung der Zwangswirtschaft unzulässig erscheinen müsse. Dieser ersten Forderung müßte ein schleuniger Abbau der gesamten Zwangswirtschaft folgen. Nur dann könne die erträgliche Verteilung der Lasten auf alle herbeigeführt werden. Die Wirtschaftspartei werde im Interesse von Mietern und Vermietern entsprechende Anträge stellen und dabei auch entsprechende Schutzbestimmungen vorsehen. Entschuldigungen wurden nicht gefordert.

### Die Heerschau der sächsischen Landwirtschaft.

#### Eine Angelegenheit des ganzen Volkes.

Wie alljährlich in den ersten Wochen eines neuen Jahres treten am heutigen Montag in Dresden die berühmten Vertreter der sächsischen Landwirtschaft zu ihrer sächsischen Landwirtschaftlichen Woche zusammen, die von jeder schon weit über den Rahmen einer internen berufständischen Veranstaltung hinausging. Sie erfordert diesmal aber um so größere Aufmerksamkeit, als sie die Augen der Bevölkerung in einer Zeit auf die Landwirtschaft lenkt in der sich doch bereits einige Anzeichen beginnender Erkenntnis von der grundlegenden Bedeutung der Landwirtschaft für die gesamte deutsche Wirtschaft bemerkbar machen. Man hat in letzter Zeit beobachten können, daß sich auch Kreise der ersten Lage der deutschen Landwirtschaft bemerkt geworden sind, die ihr bisher rein gefühlsmäßig verändertes oder als politische Wegener direkt feindlich gegenüberstanden haben. In diesen Tagen erst ist sogar die Sozialdemokratie mit einem Agrarprogramm an die Öffentlichkeit gegangen, dessen gefährliche wirtschaftliche Tendenzen zwar niemals der Landwirtschaft zum Heil auszusagen können, das aber immerhin ein Eingeständnis dafür ist, wie wertvoll ihr das Einlangen des unverwundlichen Bauernstandes für ihre parteipolitischen Tendenzen ist. Nichts kann jedoch darüber hinwegtäuschen, daß man selbst in den Kreisen, in denen man die Landwirtschaft nach manchem Irrglauben der Nachkriegs- und Inflationszeit als den tragenden Pfeiler des deutschen Wirtschaftslebens bereits erkannt hat, noch längst nicht zu dem Bewußtsein der produktiv-technischen und psychologischen Eigenart landwirtschaftlicher Betriebsweise gekommen ist, die die Voraussetzung für den endgültigen Wiederaufbau der an Produktionswerten alle anderen Wirtschaftszweige weit übertreffenden Landwirtschaft bildet. Mehr denn je hört man heute allgemeine Ratsschläge an die Landwirtschaft, sie solle sich nur auf ihre eigenen Kräfte verlassen, ihre Produktionsmittel durch Selbsthilfe ausbauen und vervollkommen und auf die Staatshilfe verzichten. Das klingt bezeichnend, geht aber schon deswegen von vornherein schiefen Voraussetzungen aus, weil die Landwirtschaft seit dem furchtbaren Neubau des Krieges und den unersättlichen Fesseln der Zwangswirtschaft nach dem Kriege noch niemals im entferntesten die Fürsorge gefunden hat, die der Staat anderen Berufsständen gern und willig hat angebahnen lassen, und weil keine Eigenhilfe etwas nützen kann, wenn eine kurzfristige Staatspolitik in Verkennung der grundlegenden nationalwirtschaftlichen Bedeutung des Landbaues die Möglichkeiten eines rentablen Landbaues durch eine unmögliche Steuer- und Kreditpolitik verhindert.

Was die Landwirtschaft fordert und zu fordern nicht nur berechtigt, sondern auch gezwungen ist, das ist eine gleichmäßige Behandlung mit den anderen Berufsständen. Und darüber werden die Verhandlungen der sächsischen Landwirtschaftlichen Woche Ausschluß geben. Sie werden ferner in den unendlich zahlreichen Einzelveranstaltungen der verschiedenen Nachgruppen und Ausschüsse ein buntes Bild unermüdlicher sächsischer Arbeit geben und damit zeigen, in welcher weitgehendem Maße gerade die Landwirte trotz ihrer anerkannten Mühe und Sorgen an der Arbeit sind, durch Selbsthilfe, Vervollkommnung der Methoden und Vertiefung ihrer beruflichen Kenntnisse die landwirtschaftliche Erzeugung zu intensivieren oder durch qualitative Verbesserung ihrer Produkte den veränderten Verhältnissen des Bedarfes Rechnung zu tragen. Sie werden damit deutlich genug erkennen lassen, daß es wahrlich nicht Schuld der Landwirtschaft ist, wenn sie trotz aller dieser Arbeit immer wieder gezwungen ist, an Staat und Öffentlichkeit zu appellieren, daß endlich auch der Staat sich seiner dringendsten Verpflichtungen bewußt wird, der durch Zwangswirtschaft, Inflation und eine verkehrte Agrarpolitik lebensunfähig gewordenen Landwirtschaft eine erträgliche Existenzgrundlage zu schaffen. Drei grundlegende Forderungen sind es, die heute die deutsche Landwirtschaft in erster Linie beschäftigen: Ein wirksamer Zollschutz, Herabsetzung der Steuerlasten auf ein Maß, das nur dann gerecht sein kann, wenn sie vom Ertrage getragen werden können, und Ermäßigung der Zinskäufe, eine Forderung, deren wachsende Bedeutung aus den erschütternden Zahlen klar wird, die in diesen Tagen im Haushaltsauschuss des Reichstages bekanntgegeben wurden und die eine Schuldenlast der deutschen Landwirtschaft in Höhe von 9 bis 10 Milliarden ergeben. Das sind Zahlen, die für sich selbst sprechen! Es soll gewiß nicht verkannt werden, daß man sich in bezug auf die Herabsetzung der Zinskäufe auch im Landwirtschaftsministerium bereits bemüht, indem man mit der Konvertierung der zehnprozentigen Goldpfandbriefe auf 7 Proz. beginnt. Niemand wird aber erwarten können, daß für die Landwirtschaft in ihrer neuen

### Falschmeldungen über die Reichswehr.

Berlin, 23. Jan. Zu den Mitteilungen in der Presse über angebliche Betrügereien gegen die Reichswehr wird amtlich mitgeteilt, daß sie in vollem Umfange unwahr sind. Der durch Selbstmord aus dem Leben geschiedene Major Diebemann hat sich ebensowenig etwas zuzuschreiben kommen lassen, wie der Major a. D. Glogowski, der auch nicht entlassen ist. Das Reich ist auch nicht durch betrügerische Darstellungen bei Waffeneinkäufen geschädigt worden. Gegen die Verbreiter der unwahren Nachrichten wird Strafanzeige erstattet werden.

### Zusammenstöße in Breslau.

Breslau, 23. Jan. Trotz starken polizeilichen Schutzes wurde heute in der Friedrich-Wilhelm-Straße und am Königplatz ein Zug von Stahlhelmlieuten von roten Frontkämpfern angegriffen. Zahlreiche Stahlhelmlieuten wurden beschimpft und geschlagen. Neunzehn Verletzte, darunter zwei Frauen, wurden von der Polizei festgenommen. Irrendweise schwere Verletzungen von Personen sind, soweit bisher festgestellt werden konnte, nicht vorgekommen. (S. L. B.)

### Heinrich Sklarz verhaftet.

Der aus vielfachen Prozessen bekannte Heinrich Sklarz wurde in Berlin wegen Betruges verhaftet und in das Untersuchungsgefängnis eingeliefert. Bekanntlich war Sklarz, der durch die Revolution hochgekommen war, vielfach in Straf- und Verleumdungsprozessen verwickelt. Er hatte es aber ebenso wie seine Brüder bisher immer verstanden, sich den ihm drohenden Gefahren zu entziehen.

### Gleichwünsch Hindenburgs an Geheimrat Hamann.

Berlin, 23. Jan. Reichspräsident v. Hindenburg hat dem Wirkl. Geh. Rat Hamann telegraphisch zu seinem heutigen 75. Geburtstag die herzlichsten Glückwünsche übermittelt. Reichsminister Dr. Siegelmann sandte an Geheimrat Hamann ein Telegramm mit den Glückwünschen des Auswärtigen Amtes und gedachte der hervorragenden Verdienste des Jubilars um die deutsche Außenpolitik.

Paris, 23. Jan. Nach dem "Petit Parisien" sind die in Paris geführten Verhandlungen über die Befestigungen an der deutschen Grenze auf bestem Wege.